

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 4

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

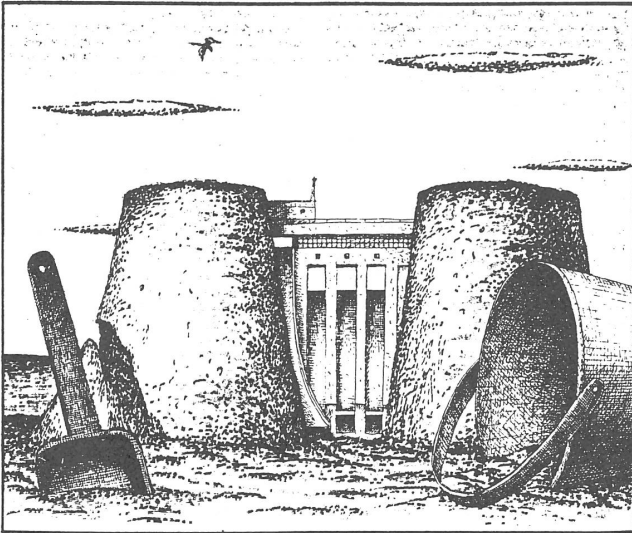
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Energija», Moskau,
Nr. 12/1989.

erst aufgenommen werden, wenn dort tiefgreifende Strukturänderungen angelaufen sind, so z. B. Verkauf des staatlichen Haus- und Wohnungseigentums zur Bekämpfung der bedrohlichen Inflation; Deponierung – nicht Verkauf – der sowjetischen Goldreserven als Sicherheit für Schatzscheine zur Beschaffung von Devisen zwecks Ankaufs von Konsumgütern; Zulassung von Joint ventures mit rein westlichem Management, dem die Kompetenz eingeräumt werden müsste, ungenügende Arbeitskräfte zu entlassen, weil das eine wirkungsvolle Ausbildungshilfe für die sowjetische Arbeiterschaft

wäre; schliesslich Konvertierbarkeit des Rubels.

Wir wissen, dass solche Massnahmen in Moskau ernsthaft geprüft werden. Deren Erlass hängt auch von der Akzeptanz und damit von der breiten Einsicht in deren Notwendigkeit ab, eine Einsicht, die sich auch in der Forderung nach tiefgreifenden Wirtschaftsreformen durch die Bevölkerung erweisen müsste.

Bezüglich der mitteleuropäischen Länder sind diese Formen der Zusammenarbeit

ebenfalls, wenn auch in viel bescheidenerem Umfang, nötig. Dagegen sollten Joint ventures rasch gefördert werden, auch in der DDR, weil eine einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit dieses Landes von der Bundesrepublik politisch unklug wäre.

EFTA jetzt, EG später

Eine Schlüsselrolle könnte ganz besonders auch die EFTA spielen.

Zwar kann die sehr viel stärkere Europäische Gemeinschaft (EG) Handelsabkommen schliessen, Investitionen vermitteln und notfalls humanitäre Hilfe in grossem Ausmass leisten. Aber eine institutionelle Zusammenarbeit scheint auf absehbare Zukunft ausgeschlossen. Anders die kleinere, flexiblere, weil nicht supranationale EFTA. Sie könnte einen ersten bescheidenen Status ähnlich den Sondergästen im Europarat schaffen und damit den mitteleuropäischen Ländern lehrreiche Einblicke in eine internationale, marktwirtschaftlich ausgerichtete Organisation vermitteln. Sogar eine Freihandelszone mit Ungarn und Polen läge im Bereich der Möglichkeiten.

Vor allem dürfen wir die psychologische Bedeutung der Begegnung von Mensch zu Mensch auch innerhalb von Organisationen nicht unterschätzen. Nur so sind Annäherungen möglich, welche der Kontinentwerdung Europas im Interesse der Völker hüben und drüben dienen. Im Zuge der sozialen Evolution ist uns diese Kontinentwerdung als Etappe unentzinnbar aufgegeben. ■

BRIEFE

Wie viele Ukrainer?

(Zeitbild, Nr. 3/1990, S. 6)

In seinem guten Beitrag über die Ukraine hat der anonyme Autor eine falsche Zahl verwendet. Die Ukraine zählt nicht rund 40 Millionen, sondern gut 50 Millionen Einwohner. Die 40 Millionen könnten der Zahl der Ukrainer im ethnischen Sinn entsprechen, aber das weiss man nicht genau.

Die Ukraine wies laut Volkszählung vom Januar 1989 zu diesem Zeitpunkt 51 704 000 Einwohner auf, aber die Publikation der nationalen Zusammensetzung steht noch aus. Laut Volkszählung von 1979 lebten damals in der Ukraine 36,5 Millionen Ukrainer und 10,5 Millionen Russen. Dazu kamen

noch 633 000 Juden, 416 000 Rumänen oder «Moldauer», 406 000 Weissrussen, 258 000 Polen und so weiter. Seit der Volkszählung von 1989 ist mehr als ein Jahr vergangen, und immer noch werden die Daten über die Nationalitätenstruktur der UdSSR zurückgehalten. Das fällt um so mehr auf, als es sowohl der bisherigen Praxis als auch der Glasnost-Politik widerspricht. Das Thema ist inzwischen brisant geworden, und überdies gibt es vielleicht noch den konkreten Grund, dass die Zahl der Nichtrussen erstmals höher sein könnte als die Zahl der Russen.

Den differenzierten Ausführungen über die «nationale» Rolle der Ruch und der Kirchen kann ich nur beipflichten. Analoges lässt sich zu den Westgebieten der Sowjetunion überhaupt sagen: Vom Baltikum bis zur Moldau sind die Kräfte der nationalen Emanzipation identisch mit den Kräften der gesellschaftlichen Emanzipation, und so betrachtet ist es ein Paradox, wenn man sie als «Bedrohung der Perestrojka» versteht. Dieser «Nationalismus» ist wirklich von anderer Beschaffenheit als der Nationalismus in Aserbaidschan oder Zentralasien.

Jerzy Bahr

Rechnen schwach

(30 Jahre Zeitbild, Nr. 2/1990, S. 8)

Herzlichen Glückwunsch zum 30. Geburtstag von Zeitbild. Auch ich bin seit 30 Jahren dabei. Und es sind 30 Jahre und nicht «eigentlich 29 Jahre». Denn einer, der im Januar 1960 geboren wurde, hat im Januar 1990 wirklich 30 Jahre gelebt; ist also 30 und nicht 29.

Das ist eben keine Parallele zum letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Es fängt natürlich erst am 1. 1. 1991 an und endet am 31. 12. 2000.

Jedenfalls wünsche ich Ihnen noch viele Jahre fruchtbarer Wirkens und danke Ihnen für die vielen Anregungen in den vergangenen (vollen) 30 Jahren. Ihr H. B.

Red. ZB: Natürlich haben Sie recht. Ich wollte besonders gscheit tun und war besonders blöd. Auf so nette Art darauf aufmerksam gemacht zu werden, tut gut. Ihr Christian Brügger

Neuer Anlauf

Die Ereignisse in der Sowjetunion, in Osteuropa, die rasante deutsche (Wieder-)Vereinigung lassen andere Brennpunkte in den Hintergrund treten, so beispielsweise den Nahen Osten. Dieser dürfte sich jedoch, im positiven oder negativen Sinne, bald in Erinnerung rufen.

Trotz schwerer interner Fehden im Likudblock des israelischen Ministerpräsidenten, Yitzhak Shamir, ist eine baldige Zusammenkunft der Aussenminister Ägyptens, Israels und der USA gewiss. Auf dieser werden die Modalitäten eines ersten Treffens – in Kairo – zwischen einer israelischen und einer palästinensischen Delegation festgelegt. Ein erster zarter Versöhnungsversuch?

Dieser Rahmen soll dem formell von Shamir konzipierten Plan eines Wahlgangs in den besetzten Gebieten (Westjordanland, Gasa-Streifen) als Kernelement des geplanten nächstlichen «Friedensprozesses» Anlauf geben.

Drei politische Ziele im Visier

Die Terroristen, die auf einen Bus mit Israelis bei Ismailia am 4. Februar schossen und dabei zwölf Menschen umbrachten, hatten drei politische Ziele im Visier:

Den seit März 1979 zwischen Israel und Ägypten herrschenden («kalten») Frieden, den ägyptischen Präsidenten, Hosni Mubarak, der zwischen Israelis und Palästinensern vermittelt, den nächstlichen Friedensprozess überhaupt.

Dass die PLO das Massaker umgehend verurteilte – wenn auch etwas lau –, hat eine gewisse positive psychologische Wirkung in Israel nicht verfehlt. Und die fast gleichzeitige «dramatische» Anerkennung des bis anhin in Südafrika verboten gewesenen ANC (African National Congress) durch die weisse Regierung von Frederick W. de Klerk trug das Ihrige zur Pragmatisierung eines Teils der Israelis bei.

Arafat und seine Gegner in der PLO

In Israel wird die Frage gestellt, wieweit Arafat die Opposition innerhalb der PLO (Habash's «Volksfront», Hawatmes «Demokratische Front», die von Abbas angeführte «Befreiungsfront») zu zügeln vermag. Von seiner pro-syrischen Gegnerschaft und seinen Widersachern unter den moslemischen Fundamentalisten (Islamischer Dschihad, Hamas) schon gar nicht zu reden.

Die andauernden, in diesem Ausmass auch von der PLO missbilligten (allerdings oft-

mals mit gespaltener Zunge) Fehmemorde echter und vermeintlicher Kollaborateure mit Israel beweisen eher das Gegenteil. Seit Dezember 1988 sind in den besetzten Gebieten über 140 Palästinenser von eigenen Leuten ermordet worden.

Diametrale Positionen

Wenn die Friedensverhandlungen anlaufen, dürften sich beide Seiten vorerst auf ihre entgegengesetzten Ziele versteifen:

■ Die Palästinenser auf israelische Anerkennung ihres im November 1988 ausgerufenen «Staates Palästina»,

■ und die Israelis auf eine an keine geographische Grenzen gebundene Palästinenser-Autonomie (mit anderem Namen).

Käme es hernach auch nur zu den erstrebten Wahlen für eine echte Vertretung der unter israelischer Besatzung lebenden Palästinenser, wäre dies für beide Seiten ein grosser Fortschritt: Für die Palästinenser, weil sie diese Errungenschaft auf die Rechnung ihres seit Ende 1987 zäh andauernden Intifada genannten Aufrüttelns buchen könnten; und für die Israelis, weil politische Verhandlungen fast immer (Vietnam war eine Ausnahme) mit einer Waffenruhe verbunden sind. Dies gäbe Arafat auch die Chance zu beweisen, dass der exklusive Vertretungsanspruch seiner PLO kein ungedeckter Cheque ist.

PLO-Vademecum

Der Palästinensische Nationalrat (PNC) ist das 400köpfige «Exilparlament», dessen Mitglieder aus den politischen/militärischen Organisationen der PLO ausgewählt werden. Der Zentralrat fungiert als Bindeglied zwischen PNC und dem Exekutivkomitee und spricht Empfehlungen aus. Vorsitzender des Exekutivkomitees ist Yassir Arafat.

Die «regulären» Streitkräfte der PLO (seit 1964) nennen sich Palästinensische Befreiungsarmee (PLA). Den «nationalen Befreiungskampf» finanziert der Palästinensische Nationalfonds (PNF).

Die PLO ist Sammelbecken verschiedener palästinensischer Organisationen mit unterschiedlichen politischen und militärischen

Zielen. Sitz und Stimme im PNC bzw. im Exekutivkomitee haben: Al-Fatah, die Arabische Befreiungsfront, die Palästinensische Befreiungsfront, die Volksfront zur Befreiung Palästinas, die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas, die Palästinensische Kommunistische Partei.

Ihre Mitgliedschaft «eingefroren» haben:

Die Volksfront zur Befreiung Palästinas – Generalkommando, die Palästinensische Volkskampf-Front, die Palästinensische Revolutionäre Kommunistische Partei.

Extremistische Fraktionen, die nie der PLO bzw. deren Organisationen angehörten:

Der Fatah – Revolutionärer Rat (Abu Nidhal) und der Fatah – Provisorisches Kommando bzw. Fatah – Die Erhebung. ■

Deutliche Worte in Damaskus

Zu Jahresanfang versöhnten sich Syrien und Ägypten. Die Syrer hatten die Ägypter wegen ihres Friedensschlusses mit Israel verdammt und sich bis anhin gegen alle nächstlichen Friedenspläne quergelegt. Auch das syrische «Einschwenken» hat einen tieferen Hintergrund:

Damaskus bläst der Wind des Wandels in der Sowjetunion ins Gesicht. Vergangenen November liess der sowjetische Botschafter, Alexander Zotow, den syrischen Staatschef, Hafes es-Assad, wissen, dass «wir in einer sich verändernden Welt leben und wir die neuen Entwicklungen berücksichtigen müssen». Zotow erinnerte daran, dass Syrien der Sowjetunion fünfzehn Milliarden Dollar schulde, vorab für gelieferte Kriegsgüter.

Und laut Zotow «ist einmal die Sättigungsgrenze erreicht». Alle arabischen Staaten ständen – «und das gilt auch für Syrien» – unter «dem Druck ihrer gewaltigen Militärausgaben». Unverblümt sagte Zotow bei späterer Gelegenheit öffentlich: «Die Sowjetunion kann Druck auf die Palästinenser und die Araber ausüben. Wir können konstruktive Partner im Friedensprozess sein.»

Klartext in Tunis

Teil der «konstruktiven Partnerschaft» (in diesem Fall zwischen Washington und Moskau) ist der Exodus sowjetischer Juden. Das heisst, Israel erwartet 1990 über hunderttausend Neusiedler aus der Sowjetunion und hofft auf 750 000 in sechs Jahren.

Ministerpräsident Shamir spricht schon von einem «grösseren Israel», dem Israel vor dem Sechstagekrieg von 1967 plus Westjordanland, Gasastreifen und Golanhöhen. Er alarmierte damit die arabischen Staaten, die in Moskau und Washington vorstellig wurden.

König Hussein von Jordanien forderte die arabischen Staatsführer auf, schnellstens eine Gipfelkonferenz einzuberufen. Der Monarch sagte gegenüber der kuwaitischen Zeitung «Al Watan», die arabischen Staaten müssten sich darüber klar werden, was die ansteigende Einwanderungswelle sowjetischer Juden nach Israel für Folgen haben könnte, und eine gemeinsame Haltung dazu finden.

Bis vor kurzem machten Sowjetjuden einen Bogen um Israel und gingen in die USA. Washington lässt sie nicht mehr einwandern und zieht damit, so paradox es anmuten mag, am gleichen politischen Strick wie Moskau, das sie gehen lässt: In Tunis beschied Gennadi Tarasow, Kreml-Abgesandter, Arafat, dass die Sowjetunion «frei verlassen kann, wer wolle – einschliesslich die Juden –, und die Araber täten gut, mit Israel zu einem Ausgleich zu kommen».

Im Klartext heisst das: Nach über vierzig Jahren und vier arabisch-israelischen Kriegen (und dem israelischen Libanon-Feldzug 1982) den jüdischen Staat anzuerkennen und (wie Ägypten) Frieden zu schliessen. Das ist der wahre Kern aller (Nahost-)Probleme.

Vorderhand wachsen in Israel die Probleme im gleichen Mass, wie die Einwohnerzahl wächst. Der «Aufbau» einer Familie kostet den Staat 150 000 Dollar, die Inflation (20 Prozent) nicht berücksichtigt; die Arbeitslosigkeit beträgt zehn Prozent. Wohnungen lassen sich aus dem Boden stampfen, aber Arbeitsplätze?

Offiziell siedelt die Regierung in Jerusalem keine Sowjetjuden in den besetzten Gebieten an, das heisst und nährt arabischen Verdacht: «Höchstens ein halbes von einem

PLO und Securitate

Die «Stimme Palästinas», der in Sanaa (Nordjemen) stehende PLO-Sender, wirft Radio Freies Europa (RFE) in München vor, dem «Ansehen des palästinensischen Volkes und der Organisation zu schaden». RFE habe berichtet, die PLO (identisch Volk!) sei in die «Ereignisse» in Rumänien verwickelt gewesen. Der Sender in München sei «ein wichtiges Instrument in allen Kampagnen gegen die Freiheit und Rechte der Völker». Darüber dürften die Völker Osteuropas anderer Meinung sein als die PLO, aber das sei hier dahingestellt.

Radio Freies Europa bezog und bezieht sich auf die Verbindungen der PLO zur früheren «Securitate» des gestürzten Diktators Nicolae Ceausescu:

1979 setzte sich Ceausescus Sicherheitschef, Ion Mihai Pacepa, in den Westen ab. Er berichtete und dokumentierte, dass der

Tyrann mit der Hilfe Libyens, Irans (nach dem Sturz des Schahs, Mohammed Resa Pahlewi), Syriens und der PLO von Yassir Arafat eine schlagkräftige Truppe zum persönlichen Schutz und gegen das rumänische Volk aufgebaut habe. PLO-Einheiten würden zusammen mit Iranern, Libyern und Syrern in Lagern in den Karpaten gedrillt. Ceausescu pflege enge und «herzhaft» Kontakte mit Muammar el-Ghaddafi, dem libyschen Diktator. Der Rumäne versehe die Nahost-Terroristen mit gestohlenen oder gefälschten West-Pässen, wofür sich der Libyer bar in Hartwährung revanchiere.

Laut französischem Fernsehen kämpften «arabische Kommandos» in Bukarest auf seiten der «Securitate».

Die Bundesrepublik Deutschland und Israel wussten um die «Verbindungen», schauten weg und schwiegen: Um die Ausreise von Rumänen deutscher Herkunft, rumänischer Juden, nicht zu gefährden. Der Grossteil von Ceausescus veranschlagtem Vermögen auf ausländischen Bankkonten – davon ein Teil in der Schweiz – ist Lösegeld, das die bundesdeutsche Regierung zahlte. ■

Prozent der Einwanderer» laut stellvertretendem Aussenminister, Benjamin Netanyahu.

Geheime syrisch-israelische Kontakte?

Nach einigen Nahostquellen kam es unlängst zu geheimen syrisch-israelischen Kontakten. Erwiesen ist jedenfalls, dass sich Cyrus Vance, Aussenminister unter US-Präsident Jimmy Carter, in Damaskus mit Assad traf und hernach nach Tel Aviv reiste.

Vermutungen gehen dahin, dass Assad möglicherweise, da er seine sowjetischen Felle davonschwimmen sieht, eine «Aussöhnung» mit Israel sucht, das heisst, dass über eine Rückgabe der Golanhöhen separat verhandelt werden könne. Bisher bestand er darauf, dass jegliches (Friedens-)Abkommen mit Jerusalem den 1967 verlorenen, strategischen Golan von Anfang an miteinschliessen müsse.

Trotz der Annäherung zu Kairo steht Damaskus isoliert in der arabischen Welt da. Assads Eingreifen in Libanon ist für Syrien selbst zum Alptraum geworden. Die syrische Wirtschaft befindet sich in desolatem Zustand. Rüstungseinsparungen wären ein Ausweg, das heisst Frieden mit dem Nachbarn, präziser den Nachbarn: Israel und Libanon. Dann könnte Israel bereit sein, «Land (Golan) für Frieden» zu tauschen. ■

